



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/88 - 16.4.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Das britische Beistandsversprechen	S. 1
Das Experiment Pinay	S. 3
"Befreiungsfeier" in Budapest	S. 5
Gemeinden in Not	S. 6
Schulchaos bedroht die Jugend	S. 7

## Garantie als Ersatz

(sp) Die Nachricht, dass Grossbritannien den Staaten der geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft einen gegenseitigen Beistandspakt angeboten hat, ist von den offiziellen Kreisen in Bonn geradezu begeistert aufgenommen worden. Die erste Berichterstattung und Kommentierung bei den meisten Zeitungen und Sendern entspricht dieser Einstellung. Dafür besteht nach unserer Auffassung kein Anlass.

Will man die Relation zwischen der wirklichen politischen Bedeutung des Vorganges und dem publizistischen Aufwand, der damit getrieben wird, richtig sehen, muss man gegenüberstellen, was der Oppositionsführer Churchill im August 1950 in Strassburg forderte, mit dem, was heute der Regierungschef gleichen Namens anbietet. Damals stellte Churchill einen formellen Antrag, der mit grosser Mehrheit angenommen wurde, in dem er für die sofortige Schaffung einer europäischen Armee unter einheitlichem Oberkommando und einschliesslich eines entsprechenden britischen Kontingentes eintrat. Er sagte, dass die USA und Grossbritannien starke Kräfte auf den europäischen Kontinent entsenden müssten, dass Frankreich seine berühmte Armee wiederbeleben müsse, er nannte insbesondere Italien, Griechenland und die Türkei, die Niederlande, Belgien

und Skandinavien als Teilhaber dieser gemeinsamen Armee "und nachträglich auch Westdeutschland".

Übrig geblieben ist also davon die Bereitschaftserklärung zum Abschluss von gegenseitigen Sicherheitspakten. In der Sache wird damit erklärt, dass das, was Churchill seinerzeit forderte, im englischen Bereich nicht verwirklicht werden wird. Sicherheitspakete der vorgeschlagenen Art aber hat es in der Vergangenheit nur allzu viele gegeben. Ihr Wirksamwerden im Ernstfall war durchaus nicht immer vom guten Willen und der Vertragstreue der Beteiligten abhängig. Aber die Erfahrung hat gelehrt, dass sehr oft veränderte machtpolitische, wirtschaftliche oder sonstige Umstände die internationale Situation zwischen dem Abschluss eines Paktes und dem Vertragsfall so entscheidend verändern, dass jene früheren Abmachungen weitgehend oder vollständig entwertet werden. Das braucht nicht so zu sein, liegt aber durchaus im Bereich des Möglichen. Unter anderem hat der Fall des unglücklichen Polen das gezeigt.

Natürlich wird die britische Garantieerklärung erst effektiv, wenn die Verträge mit den gegenseitigen Verpflichtungen (also auch einer deutschen) abgeschlossen und ratifiziert sind. Eine solche deutsche Verpflichtung wäre eine weitere zusätzliche Verankerung eines Teiles Deutschlands in einem sehr einseitig ausgerichteten Vertragssystem mit allen den bedenklichen Folgen, die sich daraus für ein provisorisches Staatsgebilde ergeben. Nach der technischen Seite wäre zu fragen, wie die deutsche Bundesrepublik Vertragspartner werden könnte, nachdem doch feststeht, dass auch der Generalvertrag ihr keine volle Souveränität, eine der Voraussetzungen für echte Vertragspartnerschaft, bringen wird.

Schon aus diesem Hinweis ergibt sich, dass die Bereitschaftserklärung der englischen Regierung die besonderen Probleme, die sich für die deutsche Politik im Hinblick auf die von der Bundesregierung angestrebten Verträge ergeben, nicht in irgendeinem wesentlichen Punkt berührt. Die Einwände, die in dieser Richtung immer von sozialdemokratischer Seite erhoben worden sind, bleiben bestehen.

Man weiss nicht, seit wann und mit welchem Nachdruck von Washington aus in London darauf gedrängt worden ist, einen solchen Schritt zu unternehmen, um dadurch französischen Vorbehalten gegen eine deutsche Wiederbewaffnung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber dass hier eine Hauptursache für den britischen Schritt zu suchen ist, kann wohl kaum bezweifelt werden. So gesehen würde sich als ein nur unter Druck und aus taktischen Erwägungen der internationalen Politik zustandekommenes Angebot enthüllen, was man vielerorts zu einer spontanen britischen Willensäußerung von entscheidendem Gewicht zu machen sich bemüht.

Regierung Pinay steht im Schatten de Gaulles  
-----

H.A.Paris

Wenn man auch über die finanziellen Resultate der Politik Pinays noch nichts Endgültiges sagen kann, so verhält es sich mit den politischen Merkmalen seiner Mehrheit anders. In den wenigen Wochen der Existenz der neuen Regierung hat sich ihr Verhältnis zum gaullistischen RPF immer enger gestaltet.

Die bedeutsamen Abstimmungen über den Staatshaushalt und die tunesische Frage haben gezeigt, dass die Gaullisten, zum Teil aktiv, zum Teil passiv, zur neuen Mehrheit gehören, von der die Sozialisten ausgeschlossen sind. Pinay ist von der Nationalversammlung nur mit Hilfe von 23 RPF-Stimmen eingesetzt worden. Im Laufe der Budget-Debatte erhöhte sich die Zahl zunehmend. Die Kürzung der Kredite für die Kriegsgeschädigten und den Wiederaufbau wurde von 73 RPF-Abgeordneten gebilligt, während 34 der Amnestie zum Siege verhalfen, die den gesamten Steuerbetrug auslöscht. Um diese letzte Massnahme ist besonders heftig gestritten worden. Von der ganzen Regierungspolitik ist sie am wenigsten volkstümlich. Nach den Aussagen Pinays selbst kann man den vergangenen Steuerbetrug auf jährlich 8 Mrd DM schätzen. Durch die Amnestie gehen dem Staat mehrere hundert Millionen DM verloren, die ihm selbst die bestehende ungenügende Gesetzgebung eingebracht hätte. Dieses riesige Geschenk an die Schieber und Spekulanten wurde als notwendig erachtet, um - wie Pinay sagte - "den Pakt der Ehrlichkeit" zu besiegeln. Dadurch sollen sie verleitet werden, das gehortete Geld zu investieren oder dem Staat zur Verfügung zu stellen. Die gesamte Politik der "Regierung der Frankenrettung" steht und fällt mit dieser Hoffnung. Nicht nur die Einsparungen wurden vorgenommen in Erwartung der privaten Kapitaltätigkeit, sondern auch das Budgetdefizit soll durch den Verkauf von Schatzscheinen gedeckt werden. Die auf diese Weise aufzubringende Summe (8 Mrd DM) wird von verschiedenen Seiten als illusorisch angesehen. Sollte sich das Kabinett in seinen Hoffnungen getäuscht sehen, so müsste es im Laufe des Jahres eine Steuererhöhung vornehmen. Aber das würde das Eingeständnis seines Fiaskos sein, und es ist wahrscheinlich, dass eine neue Politik

dann von einer anderen Regierung durchgeführt wird.

Wenn man die Zukunftshoffnungen der Regierung Pinay beiseite lässt, so ergibt sich unmittelbar folgendes: die Steueramnestie ist ein Verlust für die Staatskasse und erhöht das Defizit, die Verkürzung der zivilen Ausgaben schliesst die Gefahr der Arbeitslosigkeit in sich und bedeutet, dass in diesem Jahr kaum noch Neubauten von öffentlichen Mitteln finanziert werden. Der RPF hat im Verlauf dieser ganzen Debatten seine hochtrabende Demagogie eingebüsst, indem er dem unverhohlenen Programm des Besitzbürgertums zum Sieg verhalf. Unter der "volkstümlichen" Schale des Bonapartismus zeigte er die Nuss des Privatinteresses. Aber was für ihn besonders schwerwiegend ist, das ist, dass er nicht die geringste Einmütigkeit bewies: in den Abstimmungen gab es beständig eine Reihe von verschiedenen Tendenzen. Der Versuch zur Verstärkung der Fraktionsdisziplin hätte jedoch die gesamte Gruppe gesprengt. Die Steueramnestie hat einen beträchtlichen Teil der Anhänger de Gaulles mehr überzeugt, als es seine Reden tun könnten.

Der christliche MRP war ebenfalls in einem Gewissenskonflikt. Ohne dass er an das Experiment Pinay glaubt, hat eine Mehrheit der Regierung zum Sieg verholfen. Ein Weitergehen auf dem Wege des Bündnisses mit dem Konservatismus kann auch hier die Gefahr einer inneren Krise heraufbeschwören.

Ausserhalb des Parlaments hat Pinay bisher kaum Erfolg gehabt. Fielen die Fertigwarenpreise um 2 Prozent, so stiegen eine Reihe von Lebensmitteln, was die mit propagandistischen Aufwand durchgeführte Baisse-Kampagne in Frage stellt. Wie die alten verschriebenen "dirigistischen" Regierungen ist daher das Kabinett gezwungen, vermehrte Mengen von Butter einzuführen und die Fleischer mit Drohungen von einer Preiserhöhung abzuhalten. Das verträgt sich keineswegs mit dem liberalistischen Glaubensbekenntnis Pinays und lässt den weiteren Verlauf seines Experiments mit umso mehr Skepsis betrachten.

+ + +

Das ist der kommunistische Beitrag zum Frieden

-----

Das Folgende ist eine wörtliche Übersetzung aus dem ungarischen kommunistischen Zentralorgan "Szabad Nep" vom 7. April 1952. Es handelt sich um die Schilderung der "Befreiungsfeier", die in Budapest aus Anlass des Jahrestages der Befreiung Ungarns (4. April 1945) im Beisein des russischen Marschalls Woroschilow sowie anderer russischer, chinesischer und nordkoreanischer Delegierter abgehalten wurde:

In der Luft ziehen neue und neue Fliegerstaffeln vorüber... Inzwischen schweben über dem Platz stolze, schöne Maschinen: Düsenjäger.

Vor der Tribüne defilieren jetzt die Paradeeinheiten der Militärakademien und Offiziersschulen... In den Reihen der Offiziersschulen sehen wir die Panzerabteilung, die den Namen des Genossen Rakosi führt, dann kommt die Artillerie, Flieger und die Maschinenpistolenabteilung der Technischen Offiziersschule.

Auf ihren Bajonetten glänzt die Sonne

Nach dem Festzug der Offiziersschüler schreiten die Schützen. Sie halten ihre Gewehre mit aufgepflanzten Bajonetten stramm an die Hüften. Auf ihren Bajonetten glänzt der Sonnenschein... Sie kommen, Kompanie auf Kompanie. Dann erscheinen dunkelblaue Uniformen: unsere Kriegsmarine... Ihre weissen Kragen leuchten.

Jetzt kommt die Grenzwache des Staatssicherheitsdienstes in ihren grünumsäumten Tellerkappen mit Kinnriemen und in ihren Uniformen mit grünem Aufschlag, dann die Ehrenkompanie der Staatssicherheitswache. An der Spitze der Grenzwache marschieren die Maschinenpistoleneinheiten, jeder einzelne Mann ist gleichmässig hoch gewachsen.

Kommunistischer Husarenritt

Die Einheiten ziehen vorbei - einige Minuten lang herrscht Stille über dem Platz. Aus der Ferne drönt Pferdegetrappel: da kommt der Festzug der Reiter. Man hört Trompetensignale und die Husaren traben in pfeilgeraden Reihen langsam über den Platz... Auf ihren gezogenen Säbeln glänzt die Sonne.

Nun erscheint der Panzerwagen des Kommandanten der motorisierten Einheiten. Nach ihm kommen Aufklärer auf Motorrädern und dann auf riesigen Militärautos die Ehrenbataillone der motorisierten Schützen.

Der Höhepunkt: die Fallschirmjäger und die schweren Panzer

Unter stürmischen Applaus marschieren die Fallschirmtruppen in Kampfbekleidung, mit ihren Fallschirmen auf dem Rücken... Jetzt kommen Artillerieseinheiten nacheinander. Jubel begrüsst die im Festzug auftauchenden Katuschkas, die für den Feind furchtbar gewordenen Schnellfeuerkanonen.

Es folgen nacheinander die verschiedenen Panzerbrecher, Minenwerfer, Luftabwehrartillerie, dann von Stalinyec-Traktoren gezogene mittelschwere Artilleriegeschütze... Wunderbar reine, erstklassig gepflegte Kanonen, Panzerwagen ziehen dröhnend in Doppel-

reihen vorbei.

Aber die Begeisterung erreicht ihren Höhepunkt, als mit mächtigem Dröhnen die schweren Panzer erscheinen...

+

Hurra! Hurra!! Hurra!!! Alles das ist in der genannten Zeitung auch in Bildern zu sehen. Wem da nicht das Herz lacht, der ist kein wahrer Friedenskämpfer und kein Kinderschützer, kurz, kein Volksdemokrat!

+ + +

Zur 3. kommunalpolitischen Bundeskonferenz der SPD am 19./20. April

H.H. Der Deutsche Landkreistag hat Anfang dieses Monats in einer Entschliessung gefordert, die Zielsetzung der Kommunalwahlen nicht zu verwischen, da "die Gefahr besteht, dass auch die Kommunalwahlen unter die Perspektiven der Bundespolitik genötigt werden". Die Gemeinde ist ein Teil, und zwar die Urzelle, des grösseren Organismus Land oder Bund. Die vom Land oder Bund betriebene Politik beeinflusst daher ganz selbstverständlich die Arbeit der Gemeinden.

Das "hochpolitische" Problem der Bundesregierung, den Bund zu einem Wehrbeitrag zu verpflichten, geht auch die Gemeinden an. Der niedersächsische Finanzminister Alfred K u b e l sagte in seiner letzten Etatrede:

"Es sind Gespräche im Gange, zum Verteidigungsbeitrag auch die kommunalen Einnahmen heranzuziehen. Ich möchte hier als Vertreter der Landesregierung sehr deutlich sagen, dass ein solcher Eingriff in die kommunale Finanzmasse zur Finanzierung der Verteidigung von uns unter keinen Umständen widerspruchsfrei hingenommen werden kann.

Wenn wir schon nicht in der Lage sind, vom Lande aus die Selbstverwaltung finanziell zu stärken in den vielen Teilen, in denen sie das nötig hat, so wollen wir auf der anderen Seite aber nicht, dass hier mittelbar oder unmittelbar sogar die Finanzmasse der Kommunen noch zur Aufbringung eines Verteidigungsbeitrages geschwächt wird, über den wir ohnedies unsere besonderen Vorstellungen haben".

Falls der Wehrbeitrag von 11.5 Milliarden DM gezahlt werden muss, werden die Auswirkungen auf die Gemeinden gross sein. Dagegen müssen sich die Gemeinden Wehren. 11.5 Milliarden DM statt für Aufbrüstungszwecke für Wohnungen und Schulbauten ausgegeben, würden eine bessere Sicherung für den Frieden sein.

Die SPD versammelt Samstag und Sonntag in der Paulskirche in Frankfurt-Main alle massgeblichen Kommunalpolitiker des Bundesgebietes zu ihrer 3. kommunalpolitischen Bundeskonferenz. Ausländische Kommunalpolitiker werden als Gäste teilnehmen. Auf dieser Tagung werden die Kommunalpolitiker warnend ihre Stimme erheben. Sie wissen, dass die SPD nicht nur die Partei der notbedrängten Menschen, sondern auch die Partei der notbedrängten Gemeinden ist.

+ + +

Schulchaos bedroht die Jugend

St.B. Die vor zwei Wochen erfolgte Verabschiedung des nordrhein-westfälischen Schulgesetzes und die jüngsten schulpolitischen Massnahmen der katholischen Kirche in Rheinhessen im Lande Rheinland-Pfalz haben gezeigt, welchen Weg die Kulturreaktion in der Bundesrepublik zu gehen gewillt ist. Die Hauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer (AsL), die zu Ostern in Köln tagte, widmete deshalb dem für die westdeutsche Nachkriegsrealität symptomatischen Vorgang der Zersplitterung und Paralyse des Schul- und Erziehungssystems ihre erhöhte Aufmerksamkeit. Die Referate, die Fragen des Elternrechts, der Jugenderziehung und der Kulturautonomie der Länder behandelten, und die sich daran anschliessende Aussprache, vermittelten ein erschütterndes Bild von gegenwärtigen Schulchaos in der Bundesrepublik, zu dessen Beseitigung nicht nur nichts unternommen wird, sondern dessen Verewigung überall dort angestrebt wird, wo sich auch noch so kleine Landtagsmehrheiten bereiftinden, der von den Kirchen gewünschten Konfessionalisierung unseres Schulsystems zu entsprechen.

In einer einstimmig angenommenen Entschliessung begrüste die AsL alle Bestrebungen der Länder und der Bundesregierung, die im Wege der freien Vereinbarung auf eine grössere Einheitlichkeit unseres Schulsystems hinzielen. Sie erhob die Forderung, dass eine solche Vereinheitlichung nicht auf Kosten des Schulfortschritts in einzelnen Bundesländern erfolgen darf.

In der Begründung ihrer Haltung zur Schulpolitik in manchen Bundesländern hatten es die sozialdemokratischen Lehrer nicht schwer. Ihre Erfahrungen aus allen Ländern der Bundesrepublik sprachen für sich. Schwerer wird es für die freiheitlich gesinnte Lehrerschaft sein, den Missbrauch zu beseitigen, der dadurch getrieben wird, dass notwendige Entscheidungen, die nach sozialdemokratischer Auffassung nur mit Rücksicht auf die gesamte Gesellschaft und nur durch die gesamte Gesellschaft getroffen werden können, einseitig durch das Mittel des kirchlichen Gewissensdruckes getroffen werden.

Zur Frage des Elternrechts als dem Schlüssel zur Konfessionalisierung unserer Schule wiesen die sozialdemokratischen Erzieher

mit allem Nachdruck auf den Unterschied zwischen dem weltanschaulichen und pädagogischen Recht der Eltern hin. Es ist Pflicht aller Eltern, die bestmögliche Erziehung ihrer Kinder zu gewährleisten. Dieses Ziel wird verfehlt, wenn heute gewisse Parteien unter rücksichtsloser Ausnutzung fragwürdiger Mehrheitsverhältnisse den Grundstein zu einer konfessionalistischen und damit separatistischen Kultur- und Erziehungspolitik legen wollen, die die Erziehung der Jugend zu Toleranz und Gemeinschaftssinn und eine den gesellschaftlichen Notwendigkeiten entsprechende qualifizierte Ausbildung in starkem Masse gefährdet.

Das weltanschauliche Recht der Eltern auf eine gründliche religiöse Erziehung ihrer Kinder wird nicht verletzt, wenn die SPD eine Gemeinschaftsschule befürwortet, die dem Christentum und allen anderen Bekenntnissen offensteht. Die sozialdemokratischen Erzieher brachten zum Ausdruck, dass die konfessionelle Unterrichtung in den Schoss der Familie und in die Religionsstunde gehört. Es scheint eine massive Misstrauenserklärung der Kirchen gegenüber den Eltern zu sein, wenn sie um einer religiösen Erziehung der Kinder willen eine nach Bekenntnissen getrennte Erziehung der Jugend fordern.

Während der Konferenz fiel das Wort von der Bundesregierung, die der heutigen Jugend nur den Kasernenhof und die Konfessionsschule zu bieten habe. Eine Schlussfolgerung ist zwingend: die SPD als freiheitlich demokratische Partei wird jeder Politik, die die Erziehung unserer Jugend zu Gemeinschaftssinn, Toleranz und Tüchtigkeit gefährdet, ihren schärfsten Kampf ansagen.

+ + +

#### Realistisch gedacht

Als General Eisenhower die für ihn so ausserordentlich günstigen Ergebnisse der Vorwahlen von Minnesota mitgeteilt bekam, fragte ihn einer seiner Mitarbeiter nach seiner Meinung.

"Ich denke genau das", antwortete Ike, "was Walt Whitman dachte, als er sprach: "Du hältst nicht fest, was du siehst, und du hältst nicht fest, was du berührst; du hältst nur das fest, was du in der Hand hast!"